

Jeyakumar Thurairajah  
Stadtparlamentarier Grüne  
Domänenstrasse 4  
9008 St. Gallen

Stadtrat St. Gallen  
Rathaus  
9001 St. Gallen

St. Gallen, 30. Juni 2020

## Einfache Anfrage

### **Können asylrechtliche Urteile der Stadt St. Gallen verbieten, Verantwortung gemäss den Prinzipien der Kinderrechtskonvention zu leben?**

In der Antwort auf die Einfache Anfrage «Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Prinzipien der Kinderrechtskonvention in der Stadt St. Gallen» wird die Zuständigkeit der Stadt für das Wohl eines in St. Gallen wohnhaften behinderten Kindes von Asylsuchenden zurückgewiesen. Weil «das Bundesverwaltungsgericht das Asylgesuch von Vater, Mutter und beiden Kindern rechtskräftig abgewiesen» habe, sei «die Zuständigkeit für die Familie ... von der Stadt St. Gallen zurück an den Kanton» gefallen. «Allfälligen Massnahmen der Stadt» – zugunsten des behinderten Kindes? – könnten «gegen die übergeordnet festgelegte Kompetenzordnung oder auch gegen die Gewaltentrennung verstossen».

Tatsächlich hat das Bundesverwaltungsgericht das Asylgesuch der Familie eines äthiopischen Oppositionellen letztinstanzlich abgelehnt. Das Gericht liess aber nicht abklären, ob die Menschenrechte des 18 Monate alten, schwerst hörbehinderten Kindes mit der Wegweisung nach Äthiopien verletzt würden, wie es sowohl die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention als auch die Interpretation des Kindeswohlprinzips des Bundesgerichts verlangen. In seinem Urteil hat das Bundesgericht die schwere Behinderung des Kindes verschwiegen und die Behindertenrechtskonvention ignoriert, im Wissen darum, dass das Kind ein Grund- und Menschenrecht auf frühestmögliche Erlernung einer Gebärdensprache hat (nach sorgfältigen Recherchen kann dies Äthiopien nicht leisten). Alle befassen Instanzen klammerten sich an das Asylgesetz, welches seit dem 01.02.2014 den Sozialhilfeentzug für alle abgewiesenen Asylsuchenden zwingend anordnet. Dabei hat der Bundesgesetzgeber nicht berücksichtigt, dass die UN-Kinderrechts-, die UN-Behindertenrechtskonvention, die Europäischen Menschenrechtskonvention und die Bundesverfassung dies für Kinder verbieten.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Bedeutung haben die genannten internationalen Rechtsgrundlagen sowie die Bundesverfassung für die Verantwortlichkeit der Stadt St. Gallen gegenüber einem behinderten Kleinkind von Asylsuchenden?
2. Kann die Leistung einer angemessenen Behandlung zur Sicherung der Rechte eines behinderten Kindes gemäss den Prinzipien der Kinderrechts- und der Behindertenrechtskonvention zu Sanktionen von übergeordneten Institutionen gegenüber der Stadt führen?

Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüssen



Jeyakumar Thurairajah